

## Der Geduldige wird Sieger

Sprichwort aus Kamerun

Informationen, Polemiken  
und Meinungen aus Guben

# Linker Stadtanzeiger

19. Jahrgang / Nr. 4 / 2008, Mai/Juni

Preis: Spendenbeitrag

Kopieren oder Weitergabe an Freunde und Bekannte ist erwünscht.

**Fest der LINKEN,**  
13. bis 15. Juni,  
in Berlin...



...hier in der Kultur-  
brauerei im Prenzlauer  
Berg.

[www.fest-der-linken.de](http://www.fest-der-linken.de)

## Neue Runde - Straßenreinigung

Wieder mal haben sich die Stadtverordneten mit einer Neuauflage der Straßenreinigung zu beschäftigen. Knackpunkt dürfte auch diesmal die Gebührensatzung werden. Bereits in der Sitzung am 5. März. diesen Jahres haben wir unsere Bedenken dazu vorgetragen. Schon zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Verwaltung nicht die Vorschriften des Kommunalabgabengesetzes einhalten wird, wonach aller zwei Jahre die Gebühren neu zu kalkulieren sind; dieser Termin war am 01.01.2008 abgelaufen! Am 13. Dezember 2006 war von unserer Fraktion ein Beschlussantrag zur Straßenreinigung eingebracht worden, der nach Verweisung in den Ausschuss von der Verwaltung auf Eis gelegt und nicht mehr beachtet wurde. Hierbei ging es nicht nur um die Eckgrundstücke, sondern zum Beispiel auch um Umstufungen von Reinigungsklassen.

Im Verlauf der weiteren Monate wurden Gespräche mit BürgerInnen und Verwaltungsangestellten geführt und intensiv die Abrechnungszahlen zur Reinigung studiert. Als Ergebnisse wurden Anfragen formuliert, welche letztendlich dazu führten, dass die Verwaltungsvorlage Anfang März 2008 zur Überarbeitung an die Verwaltung zurückgegeben wurde.

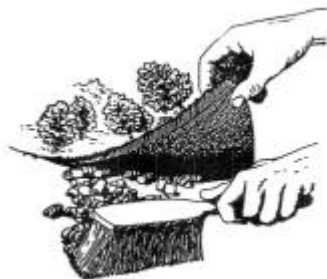
Bei der ersten Beratung im Umwelt- und Ordnungsausschuss am 22. Mai 2008 zum neuen Entwurf unterstellte doch der Bürgermeister tatsächlich unserer Fraktion, dass wir uns nicht ausreichend mit dem Thema beschäftigt hätten. Das ist die klassische Art des Bürgermeisters, gegenteilige Meinungsäußerungen abzubügeln, indem er den Meinungsäußerer als unwissend, ahnungslos und wenig arbeitssam disqualifiziert. Das ist nicht nur anmaßend und arro-

gant, sondern darüber hinaus wenig hilfreich in der Sache. Gerade die zahlreichen Vorschläge unserer Fraktion finden sich nicht mal als Diskussionsgrundlage wieder. Ein weiteres Kapitel sind die Zahlen rund um die Straßenreinigung. Da gibt es immer wieder Unstimmigkeiten, worauf nie befriedigende Antworten gegeben werden. Daran ändert auch die

Erläuterung der Zahlen durch die Verwaltung im letzten Ausschuss nichts. Im Übrigen war das keine Erläuterung, es war ein Verlesen eines Textes mit vielen Zahlen. Zur besseren Vorbereitung hätte genau dieses Material den Stadtverordneten vorher zugestellt werden müssen, denn so konnte eine Diskussion gar nicht stattfinden. Noch ein Wort zur Ver-

anlagung des Lok-Sportplatzes. Mit der Einführung des neuen Gebührenmaßstabes (Grundstücksfläche statt Straßenfrontmeter) 2005 hätte der Bürgermeister erkennen müssen, dass der Sportverein in Turbulenzen geraten kann, umso mehr da sofort aus dem Verein die ersten Signale kamen, dass sie nicht in der Lage sein werden, die Straßenreinigungsgebühren aufzubringen. Während aber das Stadtoberhaupt gebetsmühlenartig wiederholt, dass ja die Bahn der Gebührenschnuldner ist, steht dem Verein das Wasser bis zum Hals, denn die Bahn holt sich natürlich das Geld zurück. Die prekäre Finanzlage ist durch die Änderung des Gebührenmaßstabes entstanden und gefährdet somit den Fortbestand des Sportvereins. Diese Entwicklung kann dazu führen, dass den Mitgliedern, übrigens vielen GubenerInnen, die Möglichkeit einer sinnvollen Freizeitbeschäftigung genommen wird. Da muss doch wohl die Frage erlaubt sein, was die Stadt zu tun gedenkt, um weiteren Schaden vom Verein abzuwenden.

Fraktion *DIE LINKE*



# Soziale Probleme in Guben?

## Salz und Brot macht Wangen rot ...

...höre ich meine Mutter heute noch sagen, wenn wir als Kinder in den Nachkriegsjahren um eine belegte Stulle baten. Später, in der DDR hatten wir zwar kaum Bananen und Orangen, doch hungern brauchte keiner und unser Brot war öfters mit Wurst, Käse oder anderen Zutaten belegt.

Heute leben wir in einem der reichsten Länder der Welt, doch allein in der Außenstelle Guben (zuständig für die Stadt Guben, die Gemeinde Schenkendöbern und den OT Grieben) des kreislichen Eigenbetriebes „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ gibt es 2.097 Bedarfsgemeinschaften -spricht Hartz IV - Empfänger mit ihren Familien. Wie viel Personen das insgesamt sind, will mir keiner sagen und als ich in der Außenstelle Guben anrief und fragte „werden die 1-Euro -Beschäftigten aus der Arbeitslosenstatistik herausgenommen?“ da antwortete mir Frau Kotzan „das sage ich Ihnen aus Gründen des Datenschutzes nicht“. Nun ist mir bekannt, dass die Zahl der Arbeitslosen im Bereich der Geschäftsstelle Guben der Bundesagentur für Arbeit im April dieses Jahres 2.376 betrug, wovon 1.295 Personen 50 Jahre und älter waren und trotz des „wirtschaftlichen Aufschwunges“ sich von März zu April nur um 26 verringerte.

## Gibt es in Guben Armut?

Ich meine Ja! Denn z.B. für die Mitglieder der Bedarfsgemeinschaften trifft auch das zu, was der Berliner Finanzsenator Sarrazin (SPD) lauthals erklärte „das sich ein Hartz IV - Empfänger mit 3,73 € am Tag ernähren könne“. Jeder vernünftige Mensch weiß, dass selbst bei Ausnutzung aller Billigangebote im Einkaufsmarkt das nicht möglich ist. Betrachtet man das Einkaufsverhalten in einem der Gubener Einkaufsmärkte, dann merkt man, das sorgfältiger geprüft und eingekauft wird. Ver-

ständig, denn die Schere zwischen Einkommen und Lebenshaltungskosten geht immer weiter auseinander. Nehmen wir als Beispiel nur die Rentner. Trotz Ablehnung von jungen CDU -Bundestagsabgeordneten, wird die Rentenerhöhung zum 1.7.08 wohl die angekündigten 1.1% betragen. Bei einer Bruttorente von 1000 € wären das 11 € im Monat. 161 Jahre müssten Frau Müller und Herr Lehmann noch warten, bis bei diesem Tempo die Renten der Ostdeutschen an das Westniveau angeglichen sind.

## Entsprechend des letzten Armuts- und Reichtumsberichtes...

...gelten 13 % aller Deutschen als arm, da sie weniger als 781 € im Monat zur Verfügung haben und weitere 13 % werden nur durch Sozialleistungen (Kindergeld, Arbeitslosengeld II u.a.) vor dem Abrutschen in die Armut bewahrt. Aber auch nicht wenige der Beschäftigten werden durch die zu einer Massenerscheinung gewordenen Niedriglöhne von der Armut bedroht. Dieser beträgt in Ostdeutschland gegenwärtig 6,81 € in der Stunde, wobei er in Guben in manchen Berufen noch geringer ist. Die Forderung der Partei Die Linke, des DGB und verschiedener Sozialverbände zur Einführung eines Mindestlohnes, der die Existenz des Betroffenen garantiert, stößt aber immer stärker auf den Widerstand vieler Wirtschaftspolitiker, insbesondere aus den Reihen der CDU/CSU. Ihr Argument: „Durch Mindestlöhne werden Arbeitsplätze abgebaut“. Sie wollen - statt eines existenzsichernden Mindestlohnes für ihre Beschäftigten - im Interesse ihres Profitstrebens die niedrigen Löhne behalten und bezeichnen diese sogar noch als „Standortvorteil“. Verständlich, dass die Linke diese menschenverachtende Politik ablehnt.

Manfred Augustyniak

## Armutszeugnis für die SPD

Zum vorgestellten Armuts- und Reichtumsbericht erklärt die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping:

Die Zunahme von Armut ist kein Naturgesetz, sondern hausgemacht. Wer sich dem gesetzlichen Mindestlohn verweigert, befördert Armut trotz Arbeit. Wer auf Hartz IV beharrt, verurteilt Menschen zu Armut und Ausgrenzung per Gesetz.

Wer Armut nicht nur in Sonntagsreden bedauern sondern aktiv etwas gegen Armut unternehmen möchte, der muss einen gesetzlichen Mindestlohn und eine repressionsfreie Grundsicherung einführen.

Wer hat, dem wird gegeben, wer wenig hat, dem wird genommen. Dass diese alte Weisheit leider heute immer noch gilt, wird durch den Armuts- und Reichtumsbericht bestätigt.

Der aktuelle Bericht bezieht sich auf die Jahre, in denen die SPD den Kanzler stellte bzw. in Regierungsverantwortung war. Insofern ist dieser Bericht ein Armutszeugnis für die SPD.

## Deshalb fordert DIE LINKE:

- Zusätzliche Arbeitsplätze statt 1-Euro-Jobs, besonders im gemeinnützigen Bereich.
- Existenzsichernde Einkommen durch einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8 Euro.
- Eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung, die vor Armut schützt.
- Die deutliche Anhebung von Hartz IV und keine Anrechnung von Partnereinkommen und Ersparnissen.
- Eine längere Zahlung von Arbeitslosengeld I.

# **DIE LINKE.** im Rathaus



## **Beanstandung 1**

Bei den vielen Vorgängen des Bürgermeisters gegen Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung ist es nicht so einfach, den Überblick zu behalten. Dieser Tage erreichte uns Post von der Kommunalaufsicht des Landkreises. Der Inhalt war schon erstaunlich, denn diesmal gab der Landrat dem Bürgermeister nicht Recht, sondern erklärte einen Beschluss der SVV für rechtmäßig.

Konkret ging es darum, dass die SVV am 12.12. 2007 den Antrag des Bürgermeisters abgelehnt hatte, den Eigenbetrieb Bauhof aufzulösen. In der Begründung wurde darauf verwiesen, dass die Vorbereitung der Abgeordneten hinsichtlich der Konsequenzen nicht ausreichend war.

## **Beanstandung II**

Am 14. Mai 2008 fragte der Vorsitzende der SVV bei der Kommunalaufsicht nach was mit der o.g. Beanstandung geworden ist. Die Antwort sorgte für Verwun-

derung: am 15. April ging der Bescheid an die Stadt Guben, wo der Eingang am 17. April bestätigt wurde. Kein Wort vom Bürgermeister in der SVV am 7. Mai zu den Stadtverordneten, obwohl er laut Gemeindeordnung verpflichtet ist, über alle wichtigen Dinge zu informieren. Gehört der Bauhof nicht dazu oder wollte er nicht zugestehen, dass die Entscheidung der SVV rechtens ist?

## **Rechtsstreitigkeiten**

Immer wieder werden wir damit konfrontiert, dass sich die Stadt rechtliche Auseinandersetzungen liefert. Die Ausgaben für die rechtliche Begleitung sind kontinuierlich hoch. Mit einem von unserer Fraktion eingebrachten Antrag wollen wir einen Überblick über alle anstehenden Verfahren erhalten und wollen wissen, wie es zu den Rechtsstreitigkeiten gekommen ist.

## **Jugendvereine**

Eigentlich sollte das neue Konzept zur Förderung der Jugend-

vereine im letzten Jugendausschuss vorgelegt werden. Doch nichts wurde damit, die Verwaltung zog den Tagesordnungspunkt zurück. Lag es vielleicht daran, dass die SW auf Antrag unserer Fraktion beschlossen hatte, dass das Konzept einvernehmlich mit den Jugendvereinen zu erarbeiten ist?

## **Verordnung**

Der Entwurf einer neuen Ordnungsbehördlichen Verordnung wurde trotz Tagesordnung von der Verwaltung zurückgezogen. Begründung - keine!

## **Schwimmhalle**

Einen heftigen Nachschlag zur Finanzierung will sich der Bürgermeister holen. Mehrkosten von 1.280.044,71 € sind angezeigt. Die einzelnen Punkte werden wir einer gründlichen Analyse unterziehen.

---

## **Cottbus bundesweit im Fokus**

von Matti Nedoma

Am 24. und 25. Mai fand in der Lausitzmetropole Cottbus der erste ordentliche Parteitag der neugegründeten Partei DIE LINKE. statt. Das der Andrang ungleich größer sein würde als beim Parteitag der damaligen PDS in Cottbus im Jahr 2000 kündigten die Medien schon im Vorfeld an – in ganz Cottbus war kein Hotelbett mehr verfügbar.

Bereits am Vorabend des Parteitages, beim traditionellen Presseempfang, waren die Plätze von den über 400 akkreditierten Journalisten und internationalen Gästen, vom angolanischen Botschafter bis zum Gesandten des Staates Israel, umkämpft.

Zu Beginn der Tagung am Samstagmorgen wurden die knapp 600 Delegierten aus 16 Landesverbänden, den Zusammenschlüssen und dem Jugendverband von, in den traditionellen Trachten gekleideten, Sorbinnen und Sorben auf das herzlichste in der Messehalle Cottbus begrüßt.

In der Rede des Parteivorsitzenden Lothar Bisky wurde deutlich, welchen großen Einfluss die Gründung der Partei DIE LINKE. auf das gesamte politische Gefüge in Deutschland in den letzten zwölf Monaten hatte. Bisky machte deutlich, dass "das Signal auf Einmischung für eine andere, bessere Politik" in unserem Land steht. Er hob die großen Leistungen der Genossinnen und Genossen im vergangenen Jahr hervor, die wesentlich zur Etablierung der Partei DIE LINKE. auch in den West-Bundesländern beigetragen haben. Die zukünftigen Aufgaben können nur mit viel Engagement bewältigt werden und erfordern eine geschlossene Partei, die für ihre Ziele einsteht, mahnte der Parteivorsitzende.

Oskar Lafontaine, der saarländische Co-Vorsitzende, kritisierte in seiner Rede die neoliberale und zutiefst ungerechte Politik der anderen politischen Parteien in Deutschland in seiner, von den Delegierten frenetisch bejubelten, Rede deutlich.

*Fortsetzung Seite 4*

---

Lafontaine charakterisierte die Partei DIE LINKE. als einzige Partei in unserem Land, die die Menschen tatsächlich ernst nimmt, ihnen Gehör schenkt und verantwortungsvolle Problemlösungen bietet und rief dazu auf, sich noch stärker in die gesellschaftlichen Debatten als einzubringen.

Den Reden der Parteivorsitzenden folgte die Vorstellung der Renten-Kampagne zur Bundestagswahl im Jahr 2009, die es sich zum Ziel macht, Altersarmut in Deutschland zu verhindern und die Rente mit 67 rückgängig machen will und überwältigende Zustimmung unter den Delegierten fand. Anschließend befasste sich der Parteitag mit dem Leit Antrag des Parteivorstandes. In einer Vielzahl von Redebeiträgen wurde der Antrag, der u.a. ein Investitionsprogramm in Höhe von etwa 50 Milliarden Euro vorsieht und jegliche Kriegseinsätze der Bundeswehr entschieden ablehnt, teils kontrovers diskutiert. In der Debatte wurde der pluralistische Charakter der Partei mit ihren verschiedenen ideologischen Strömungen und Politikansätzen erkennbar, aber schließlich wurde der Leit Antrag bei sehr wenigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen als "roter Faden" für die Politik der nächsten Jahre bestätigt.

Am späten Nachmittag folgten die Wahlen zum Parteivorstand.

Oskar Lafontaine und Lothar Bisky erhielten mit 78 und 81 % der Stimmen das Vertrauen der Delegierten ausgesprochen. Auch die stellvertretenden Vorsitzenden Katja Kipping, Ulrike Zehrau und Klaus Ernst wurden in ihren Ämtern bestätigt. Neu in die Reihe der Vize-Chefs rückte die dynamische Berlinerin Halina Wawzyniak auf, die auf Vorschlag des Parteivorstandes kandidierte, während die nicht unumstrittene Sprecherin der Kommunistischen Plattform Sahra Wagenknecht von einer Kandidatur für den geschäftsführenden Vorstand absah. Dietmar Bartsch und Karl Holluba wurden ebenfalls in ihren Ämtern als Bundesgeschäftsführer und Bundesschatzmeister bestätigt. Vor Ende des 14-stündigen ersten Sitzungstages wurden noch die Mitglieder des erweiterten Parteivorstandes über die Frauenliste gewählt.

Mit Wahlen begann auch wenige Stunden später der Sonntag, entschieden wurde über die Kandidaten der gemischten Liste. Neben dem Parteivorsitzenden Lothar Bisky gehört nunmehr auch der Bürgermeister von Königs Wusterhausen Stefan Ludwig dem 44-köpfigen Gremium an.

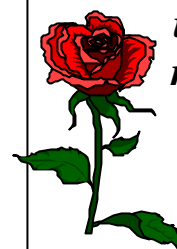
Auf Grund des deutlichen Zeitverzuges kam es leider nur zu einer sehr verkürzten Debatte über an den Parteitag gestellte Anträge. Im Fokus des Interesses stand ein Antrag zur Familienpolitik. Nachdem in den letzten Wochen und Monaten heftigst über die familienpolitische Position der Partei DIE LINKE. diskutiert wurde stand nun ein Kompromissvorschlag des Forums Demokratischer Sozialismus zur Abstimmung, der eine emanzipatorische Familienpolitik artikuliert. Die engagierte Vorstellung dieses Antrages ertete minutenlangen Applaus und auch die Gegenrede der familienpolitischen Sprecherin der Partei DIE LINKE. im Saarland Christa Müller konnte nicht mehr als ein Dutzend Delegierte von der Zustimmung dieses Antrags abbringen. Damit hat sie DIE LINKE. klar für kostenlose Kindergartenplätze und ausgeprägte Ganztagsbetreuung ausgesprochen.

Zum Abschluss des Parteitages erstatte die Sprecherin der Abgeordneten im Europaparlament Gabi Zimmer ihren Bericht, in dem sie betonte, dass DIE LINKE. für eine Europäische Union des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit steht.

Das Schlusswort gehörte aber dem Star der Partei, dem Fraktionsvorsitzenden der Linksfraktion im Bundestag Gregor Gysi. Gysi machte in seiner gewohnt mitreißenden Art klar, dass DIE LINKE. ein Jahr nach der Gründung zwar sehr erfolgreich ist, aber der Prozess der Vereinigung von Mitgliedern der stark westdeutsch geprägten ehemaligen WASG und den Genossinnen und Genossen der PDS noch lange nicht beendet ist und neben der Formulierung eines gemeinsamen Programms in der nahen Zukunft zu einer der größten Herausforderungen zählt.

Den bevorstehenden Landtags- und Kommunalwahlen sieht Gysi zuversichtlich entgegen. Sowohl im Saarland als auch in Thüringen sind stehen die Chancen gut, dass DIE LINKE. im kommenden Jahr stärkste Partei wird und auch in Sachsen und Brandenburg gilt es die Wählerinnen und Wähler vom Konzept der Partei zu überzeugen.

Der erste Parteitag der Partei DIE LINKE. war ein deutliches Zeichen des Aufbruchs und war eine gelungene Einstimmung auf die kommenden Aufgaben auf europäischer, Bundes-, Landes- und allen voran kommunaler Ebene.



**Wir gratulieren  
unseren Seniorinnen und Senioren zum  
Geburtstag in  
den Monaten  
Mai und Juni:**

**Hildegard Sander zum 85.  
Emma Flach zum 84.  
Rolf Bothe zum 82.  
Erika Schwemmer zum 81.  
Eva Kübler zum 81.  
Ursula Kuchling zum 77.  
Roswitha Krüger zum 67.  
Max Budach zum 67.  
Doris Scherke zum 65.  
Ingrid Sinsel zum 63.  
Monika Noack zum 60.**

## Termin – Termin

### **Bitte vormerken:**

### **Gesamtmitglieder- versammlung**

**am 03.07.2008, 17:30**

Ort wird noch bekannt gegeben (voraussichtlich im City-Treff).

### **Inhalt:**

- **Beschluss des kommunalen Wahlprogramms der Linkspartei Guben**
- **Vorstellung der Kandidaten der Linkspartei Guben für die Kommunalwahl am 28.9.08**

**Öffnungszeiten  
Geschäftsstelle, Berliner Str. 1  
Dienstag und Donnerstag  
von 14:00 – 16:00 Uhr**

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE.  
der SVV Guben  
jeweils Montag ab 19:30 Uhr  
Rathaus (Turm West)**

Impressum:  
Zeitung von DIE LINKE. Guben und  
Infoblatt der SVV-Fraktion DIE LINKE.  
V.i.S.d.P.: Gabriele Scholz  
Berliner Str. 1, 03172 Guben  
Redaktionsschluss: 3.6.2008  
Druck: Eigendruck, Auflage 7.250 Stück